

„Die konfessionellen Spannungen in Schlesien
vor dem Hintergrund der preußisch – österreichischen Auseinandersetzung 1866“

Diese Magisterarbeit entstand im Sommersemester 2006 an der Universität Bayreuth. Der Themenvorschlag stammte vom Professor Hiery, für dessen intensive Betreuung ich mich ganz herzlich bedanke. Der Forschungsgegenstand waren die antikatholischen Vorfälle in der preußischen Provinz Schlesien, die kurz vor dem Krieg zwischen Preußen und Österreich 1866 ausbrachen und sich bis August des gleichen Jahres fortsetzten.

Ich kam zu der Ansicht, dass der spätere „Kulturkampf“ – die Auseinandersetzung zwischen (katholischer) Kirche und Staat – wesentlich durch die antikatholischen Ressentiments der (protestantischen) Bevölkerung begünstigt wurde.

Die Arbeit stützt sich auf Archivalien des Erzbischöflichen Archivs und des Staatsarchivs in Breslau/ Polen. Weitere wichtigen Quellen sind die zeitgenössischen Periodika aus Berlin und Breslau.

In dieser PDF-Datei finden Sie das Inhaltsverzeichnis sowie die Zusammenfassung. Möchten Sie gerne die komplette Arbeit lesen, so setzen Sie sich mit mir in Verbindung: Gerne sende ich Ihnen die Arbeit als PDF-Datei zu.

Email: lukasmoj@surfeu.de

Lukas Moj

Neudrossenfeld, 28. Juli 2007

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
1. Die „Katholikenhetze“ in Schlesien 1866	4
2. Zu Forschungsproblem und Forschungsstand	5
3. Zur Quellenlage	9
I. Einführung zur Thematik	10
1. Deutschland im Spannungsfeld von Politik und Konfession (1848/49-1866)	10
2. Hintergrund: Der Deutsche Krieg von 1866	14
3. Schauplatz: Provinz Schlesien	18
II. Der Klerus und die katholische Presse am Vorabend des Krieges von 1866	21
1. Der Stein des Anstoßes – Ein Pfarrer fordert dazu auf, „auf das katholische Oesterreich nicht zu schießen“	21
2. Der heraufziehende Krieg im Spiegel der katholischen Presse Schlesiens (März - Mai 1866)	22
3. Stellungnahmen des Fürstbischofs Heinrich Förster zum preußisch-österreichischen Konflikt	28
Zusammenfassung	30
III. Eine Provinz im (konfessionellen) „Ausnahmезustand“	31
1. Berlin in Aufruhr - Försters Reaktion	31
2. Die Akte „Pfarrer Münzer aus Alt-Cosel“	35
3. Der Fürstbischof und die Verleumdungen „seiner“ Kleriker	38
4. Heinrich Försters „Königliche“ Trumpfkarte	39
5. Ungeheuerlich: Klerus sympathisiert mit Österreich	43
Zusammenfassung	46
IV. Ein neues Gerücht: Klerus unterstützt den Feind!	47
1. Angebliche Geldsammlungen für die österreichische Armee	47
2. Gendarm im Verdacht der antiklerikalen Agitation	49
3. Antiklerikale Berichterstattung in Oels	54
4. In der Tat: Geldsammlungen für Österreich?	55
Zusammenfassung	57
V. Die Reaktion der katholischen Öffentlichkeit Schlesiens auf die feindliche Stimmung	58
1. Die katholische Presse Schlesiens gegen die antikatholischen Töne in Norddeutschland	58
2. Die „katholische Öffentlichkeit“ contra antiklerikale Verleumdung	62
3. Die Reaktion des Fürstbischofs auf die antiklerikale Vorfälle	64
4. Der fürstbischöfliche Erlaß vom 16. Juni 1866	67
Zusammenfassung	69
VI. Höhepunkt und Ende der antiklerikalen Stimmung	70
1. Der „heiße“ Juli: neue antiklerikale Vorfälle	70
2. Die Reaktion der katholischen Laien auf die Verleumdung der Geistlichkeit	73
3. Vorgehensweise der lokalen Behörden gegen die antiklerikale Stimmung	75
4. Die königliche Stellungnahme vom 14. Juli – ein Versuch, die katholikenfeindliche Stimmung zu beenden	78
5. Ein Kaplan auf der Anklagebank – der Fall Dürschke	83
Zusammenfassung	85
Resümee und Ausblick	86
1. Abschließende Zusammenfassung	86
2. Die antiklerikalen Vorfälle im Urteil der Zeitgenossen	91
3. Die „Katholikenhetze“ – Auftakt zum „Kulturkampf“?	92
Anhang	96
Abkürzungsverzeichnis	105
Quellen- und Literaturverzeichnis	106
Curriculum Vitae	113
Danksagung	114

1. Abschließende Zusammenfassung (Auszug aus der Magisterarbeit)

Die Rekonstruktion der Ereignisse im Schlesien der ersten Hälfte des Jahres 1866 ergibt, dass die „Katholikenhetze“ keine zentral gesteuerte und planmäßig organisierte Kampagne war, sondern durch eine spannungsgeladene Stimmung verursacht wurde, die vor allem antiklerikal motiviert war. Im Vorfeld des Krieges zwischen Preußen und Österreich stiegen die Spannungen zwischen der protestantischen Bevölkerungsmehrheit, die sich als patriotisch und fortschrittlich empfand und die kleindeutsche Lösung favorisierte, und den Katholiken – vor allem dem katholischen Klerus –, denen man Sympathien für das „katholische Österreich“, zu dem Schlesien gehört hatte, unterstellte. Die antiklerikalen Gerüchte fanden durch diese Vorurteile gegen den Klerus und durch die zunehmende Angst vor dem Krieg mit dem „katholischen“ Österreich in Schlesien einen günstigen Nährboden.

Die katholische Geistlichkeit, das zeigt nicht nur der „Fall Pfarrer Münzer aus Alt-Cosel“, schien einem Waffengang zwischen Preußen und Österreich ablehnend gegenüberzustehen. Die Motive dieser Ablehnung lagen in der Furcht vor einer Eskalation des Konflikts, in der Befürwortung der großdeutschen Lösung, welche Österreich mit einschloss, und in der Angst vor einer Revolution im Innern. Als wesentlicher außerdeutscher Grund ist die preußisch-italienische Militärallianz zu erwähnen: Die italienische Nationalbewegung würde den Papst und den Kirchenstaat in eine gefährliche Lage bringen. Diese Ansichten spiegelten sich in den katholischen Zeitungen Schlesiens, den Breslauer Hausblättern und dem Schlesischen Kirchenblatt, sowie in den Briefen des Fürstbischofs Förster an die Königin Augusta und an den Kultusminister von Mühler wider.

Obwohl die preußischen Konservativen aus denselben Motiven (monarchische Solidarität, großdeutsche Gesinnung) wie die katholischen Kleriker den Krieg ablehnten, interpretierte wohl die Mehrheit der Bevölkerung die Haltung des katholischen Klerus als Sympathiebekundung zu Gunsten des Feindes. Die Ablehnung des Krieges, so beleuchtet es der „Fall Pfarrer Münzer“, verstanden wohl auch nicht wenige Katholiken als unpatriotisch und als Aufruf zur Fahnenflucht. Die katholischen Kirchenbesucher schienen nicht durch ihre Seelsorger manipuliert worden zu sein, wie es die protestantische Seite so oft behauptete. Angestachelt durch ihren latenten Antikatholizismus und beängstigt durch den Krieg mit dem „katholischen“ Habsburgerreich trugen weite protestantische Bevölkerungskreise wesentlich zur Verbreitung des „Generalverdachts gegen den Klerus“ in Schlesien bei: Sie erzählten das weiter, was sie glauben wollten – ein katholischer Geistlicher konnte eben nicht loyal sein, weil er „ultramontan“ gesinnt sei. Die Quelle von dessen Autorität lag ja jenseits der Berge, gleichviel ob es nun die böhmische Hügelkette oder die Alpen waren.

Die Weiterleitung des Gerüchts, katholische Geistliche predigten zu Gunsten Österreichs, durch die lokalen Behörden nach Berlin zeigte deren Besorgnis, dass der Klerus einen negativen Einfluss auf die katholischen Untertanen haben könnte. Trotz der Brisanz dieser Informationen überließ es die preußische Regierung dem Fürstbischof von Breslau, die Angelegenheit intern zu regeln. Dieser nahm jedoch seine Kleriker in Schutz und betonte, dass sie zu einer solchen Schandtat nicht fähig seien. Stattdessen waren es in der Sicht der schlesischen Geistlichen die führenden protestantischen Presseorgane, die einen „Religionskrieg“ zwischen dem „protestantischen“ Preußen und dem „katholischen“ Österreich beschwören wollten. Der Funke des Fanatismus, so Förster, sei durch die Presse in die Bevölkerung Schlesiens geworfen worden. Auch die katholischen Blätter Schlesiens, die Breslauer Hausblätter für das katholische Volk und das Schlesische Kirchenblatt, beteiligten sich an der Abwehr der Verleumdung der Geistlichkeit und hoben hervor, dass der Klerus und die katholische Bevölkerung patriotisch gesinnt seien.

Das Oberpräsidium der Provinz Schlesien und die Landräte vor Ort hatten eine doppelt schwierige Aufgabe zu lösen: Einerseits gingen sie dem Vorwurf nach, die katholische Geistlichkeit lege ein unpatriotisches Verhalten an den Tag, andererseits wollten sie die antiklerikalen Verleumdungen eindämmen. Bereits Ende Mai war die ganze Provinz von einer dem Klerus feindlichen Atmosphäre erfüllt. Von den Dörfern und Städten Schlesiens drangen die Anklagen, der Klerus sympathisiere mit dem Gegner Österreich, bis zur Landeshauptstadt Breslau vor. Um den Verleumdungen ein Ende zu setzen, nahm der Fürstbischof von Breslau mit Königin Augusta, zu der er ein gutes Verhältnis besaß, Kontakt auf. Der Königin gelang, es ihren Mann, Wilhelm I., zu überzeugen, gegen die antikatholischen Meinungen in der Presse vorzugehen und die Treue der Katholiken besonders hervorzuheben. Der Erfolg der königlichen Intervention blieb aber aus.

In den ersten Junitagen bekamen die antiklerikalen Vorwürfe eine neue Spitze: In Tschirnau nahe Guhrau hatte angeblich der katholische Pfarrer Geld für die österreichische Armee gesammelt. Der Vorwurf der Geldsammlungen für Österreich war so brisant, dass sich das Außenministerium selbst in die Ermittlungen einschaltete. Die Provinzverwaltung kam jedoch zur Erkenntnis, dass die Geldsammlungen für das österreichische Militär reine Erfindung waren. Die Ermittlungen ergaben aber, dass Geldspenden nicht für die österreichische Armee, sondern für den „Bonifatius Verein“ geflossen waren. Im 19. Jahrhundert galt der „Apostel der Deutschen“ als Symbolfigur für die großdeutsche Einheit, für die sich dieser katholische Verein (wie ja auch der katholische Klerus) einsetzte. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, dass die katholische Geistlichkeit diesen hochsymbolischen „Tag des Hl. Bonifatius“ (5. Juni) benutzte, um ihre Kritik am Kurs der preußischen Politik stärker zum Ausdruck zu bringen. Vermutlich sollten die Kollekten für den „Bonifatius Verein“ auch eine bewusste Ablehnung der kleindeutschen Lösung der nationalen Frage ausdrücken. Protestantische Kreise interpretierten diese Kollekten jedoch als materielle Unterstützung der ös-

terreichischen Armee, was den Tatsachen nicht entsprach. Das bewies auch der Vorfall in Oels. Die dort aufgestellte Behauptung, ein Geistlicher „polnischer Zunge“ habe für die österreichische Armee gesammelt, entpuppte sich als „Zeitungsente“. Der verantwortliche Zeitungsschreiber – der Lehrer Dr. Böhmer – wurde wegen seines verleumderischen Artikels von vorgesetzter Stelle gerügt. In Oels schien die antiklerikale Stimmung auch eine nationalistische Spitze (gegen Geistliche „polnischer Zunge“) zu haben, was wohl sicher eher die Ausnahme als die Regel darstellte.

Obwohl die lokalen Behörden hinsichtlich der Aufklärung der antiklerikalen Vorfälle doch nicht so passiv waren, wie der katholische Klerus behauptete, führte die katholische Öffentlichkeit Schlesiens den Hauptschlag gegen die katholikenfeindliche Stimmung. In ihren Artikeln verteidigten die Breslauer Hausblätter und das Schlesische Kirchenblatt die Loyalität des katholischen Klerus und der katholischen Laien. Vehement bekämpften sie die allgemein herrschende Sicht, dass Preußen ein „rein“ protestantischer Staat sei, und hoben hervor, dass die Katholiken einen wesentlichen Teil der Bevölkerung stellten. Von der Treue der Katholiken zu König und Vaterland konnte sich der Kronprinz selbst überzeugen, als er kurz vor dem Krieg nach Oberschlesien kam. Dennoch bewirkten es die zahlreichen Kommentare der katholischen Blätter nicht, die antiklerikalen Verleumdungen einzudämmen.

Mitte Juni sah sich Fürstbischof Förster sogar gezwungen, seinen Geistlichen abzuraten, sich als Kandidat für die Wahl zum preußischen Abgeordnetenhaus aufstellen zu lassen. Die Lage war schon so schlimm genug. Försters Stellung war doppelt schwierig. Weil ein (kleiner) Teil seiner Diözese auch auf österreichischem Gebiet lag, hatte er auch dem österreichischen Kaiser Treue geschworen. Trotz dieses Dilemmas entschied er sich dafür, auf seinem Posten zu bleiben, weil er mehr denn je gebraucht wurde. Auch er geriet ins Visier der Verleumdungen. Dem Breslauer Fürstbischof wurde vorgeworfen, das Kaiserreich finanziell unterstützt zu haben. Der Urheber dieses Gerüchts wurde jedoch ermittelt und verurteilt. Die Verfasser eines verleumderischen Drohbriefes konnte die Polizei jedoch aus Mangel an Beweisen nicht überführen. Weitere Verleumdungen des Klerus, wie die durch Infanterieoffiziere und einen Wachtmeister, konnten aufgeklärt werden.

Die antiklerikalen Vorurteile, die im protestantischen Bevölkerungsteil herrschten, schienen durch den Konflikt zwischen Preußen und Österreich an Kraft und Schärfe gewonnen zu haben. Im Delegaturbezirk des Bistums Breslau kam es sogar zu Ausschreitungen gegen Katholiken, die dort eine verschwindend geringe Minderheit waren. Die Vorfälle in Schlesien richteten sich hauptsächlich gegen Geistliche, weshalb die feindliche Stimmung als antiklerikal zu charakterisieren ist. Die Verleumdungen hatten aber auch Auswirkungen auf die Laien, die sich mit ihren Seelsorgern gegen deren Anfeindung solidarisierten. In zwei Briefen, die sich an den Oberpräsidenten Schlesiens richteten, beklagten sie die antikatholischen Verdächtigungen und forderten den Schutz des Staates. Im Juli 1866 trat das politische Potenzial der schlesischen Katholiken offen zu Tage: Sie konnten sich zusammenschließen, um ihre Geistlichen gegen Angriffe zu schützen. Die preußischen Behörden schienen diese Solidarisierung vergessen zu haben, als sie im „Kulturkampf“ gegen den Klerus vorgingen.

1866 dagegen waren staatliche Stellen nicht an einer „Verfolgung“ der Geistlichkeit beteiligt. Die Landräte untersuchten die antiklerikalen Verleumdungen und gleichzeitig die angeblich unpatriotischen Äußerungen der Geistlichen. Obwohl die lokalen Behörden konsequent an der Aufklärung der antiklerikalen Vorfälle arbeiteten, waren nur wenige Erfolge zu verzeichnen. Die katholische Öffentlichkeit sah in der Erfolglosigkeit der Ermittlungen – in den allermeisten Fällen – ein Indiz für die Passivität der Behörden und somit eine indirekte Unterstützung der antiklerikalen Verleumdungen. Heftige Kritik übten der Fürstbischof und die katholischen Zeitungen am Artikel des Staats-Anzeigers vom 14. Juli 1866, der eigentlich als ein positives Zeichen für die Katholiken gedacht war. Der Artikel verschwieg die antikatholische Stimmung in Schlesien, betonte die konfessionelle Eintracht in Preußen und lobte die preußischen Könige als Förderer des religiösen Friedens. Statt die antikatholische Stimmung zu verurteilen und die Katholiken als treue Untertanen hervorzuheben, „veröffentlichte“ der amtliche Staats-Anzeiger eine Lobrede auf die erfolgreiche Religionspolitik Preußens. Vielleicht gab es aus Rücksicht auf das Ehrgefühl der Protestanten innenpolitische Bedenken, die Loyalität der Katholiken über Gebühr zu betonen. Viel entscheidender war für Berlin wohl die Wirkung des Artikels außerhalb Preußens. Erstens könnte die preußische Religionspolitik Vorbildcharakter für Deutschland haben. Zweitens hätte das Zugeständnis, die strategisch wichtigste Provinz Preußens befinde sich im „Ausnahmestand“, den Feind dazu bewegen können, den Krieg fortzuführen. Aus diesem Grund waren die Worte des Staats-Anzeigers sorgfältig gewählt.

Der „Fall Kaplan Dürschke“ offenbart die Schwierigkeit, einen Geistlichen wegen angeblich proösterreichischer Äußerungen zur Rechenschaft ziehen. Der Kaplan hatte Kritik am preußisch-italienischen Bündnis geübt, was ihm den Vorwurf einbrachte, sich beleidigend über den König von Preußen geäußert zu haben. Wie die mit diesem Fall befassten hohen Beamten befürchteten, blieb die Anklage gegen ihn auf Grund fehlender stichhaltiger Beweise erfolglos.